



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/264 - 14.11.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Fünf Bundesministerien erfüllten nicht ihr Soll	S. 2
Zum Tode Philip Murrays	S. 3
Zur deutsch-arabischen Kontroverse	S. 5
Die Abtrünnigen	S. 6

Schwerbeschädigte warten noch immer

-tt. Die ganze Problematik der Schwerbeschädigtenfrage zeigt sich in der oft unverständlichen Verzögerung, mit der die Bonner Ministerien den schon am 4. November 1949 gefaßten einstimmigen Beschluß des Bundestages verwirklicht haben, daß mindestens zehn Prozent der Beamten-, Angestellten- und Arbeiterstellen in diesen obersten Bundesbehörden mit Schwerbeschädigten zu besetzen sind. Es sind hier Widerstände zutage getreten, die den Bundestag vor kurzem veranlaßten, auf Antrag der SPD einen besonderen Untersuchungsausschuß einzusetzen. Dieser hat zu überprüfen, in welchem Ausmaße die einzelnen Bonner Ministerien diesen Auftrag des Bundestages erfüllt haben, aus welchen Gründen er bisher nicht erfüllt wurde und was zu geschehen hat, damit auf diesem Sektor das dringendste Anliegen aller Kriegsoffer- und Schwerbeschädigten-Organisationen, die versehrten Menschen so schnell als möglich wieder in Arbeit und Brot zu bringen, erfüllt wird.

Der letzte Halbjahresnachweis des Bundesarbeitsministeriums vom 1. Oktober 1952 zeigt, daß bis zu diesem Termin, also drei Jahre nach dem Bundestagsbeschluß, nur fünf Bundesministerien ihr Soll erfüllt hatten und daß von jenen obersten Bundesbehörden, die unter dieser Mindestauflage geblieben sind, nicht weniger als vier nicht einmal den Satz von sechs Prozent erreicht

haben. Das Bundespostministerium hat bisher sogar nur 2,9 Prozent Schwerbeschädigte angestellt. In seinem Unterbau hat das Postministerium allerdings höhere Zahlen erreicht, aber der Bundestagsbeschluss bezog sich nur auf die Ministerien selbst.

Der parlamentarische Untersuchungsausschuß, der noch vor einer schwierigen Prüfarbeit steht, dürfte sich in seinem Abschlußbericht nicht nur mit der Forderung begnügen, daß alle Bundesministerien nunmehr in möglichst kurzer Zeit das ihnen auferlegte Soll zu erfüllen haben und auch über den ausdrücklich nur als Mindestverlangen bezeichneten Satz von zehn Prozent hinausgehen sollen. Der Ausschuß dürfte außerdem eine Art Programm vorschlagen, das zu einer sehr breiten Unterbringung von Schwerbeschädigten in entsprechenden Arbeitspositionen beitragen soll.

Dazu gehört in erster Linie eine weitgehende Zentralisierung einmal der Meldungen über freie Stellen und zum anderen der Bewerbungsunterlagen von Schwerbeschädigten, da offenbar die gegenwärtige Organisation den Anliegen nicht genügt. Ob man nun, wie vorgeschlagen wurde, eine neue Oberbehörde einrichtet oder ob man diese Aufgabe der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung überträgt, wird noch zu klären sein. Eine weitere Forderung von ausschlaggebender Bedeutung ist die Bereitstellung von entsprechenden Wohnungsbaumitteln für umzusiedelnde Schwerbeschädigte und auch von Trennungsgeldern für schwerbeschädigte Angestellte. Schließlich dürfte eine vorsorgliche Umschulung jener Schwerbeschädigten gefordert werden, die aufgrund ihrer Beschädigung oder aus sonstigen Gründen in anderen Berufen oder Positionen beschäftigt werden müssen als früher.

Kernpunkt aller Wünsche aber ist die besonders von der SPD vortragene Forderung nach schnellerer Verabschiedung des Schwerbeschädigtengesetzes, dessen baldiges Inkrafttreten dazu beitragen soll, daß die jetzt bestehende begreifliche Erregung unter den immer noch arbeitslosen Schwerbeschädigten mit positiven Maßnahmen abgefangen werden kann.

+ + +

Philip Murrays Lebenswerk ist gesichert

H.St.,-New York, Mitte November

Die amerikanische Arbeiterschaft und mit ihr die freie demokratische Gewerkschaftsbewegung der ganzen Erde hat mit dem Tod Philip Murrays, Vorsitzender des amerikanischen Stahlarbeitersverbandes und zugleich Gesamtvorsitzender des Congress for Industrial Organisation (CIO) einen ihrer besten und führenden Köpfe verloren.

Murray war, wie viele andere führende amerikanische Gewerkschaftler der Vergangenheit und der Gegenwart, ein Einwanderer. In Schottland geboren, Sohn einer Arbeiterfamilie, kam er als Vierzehnjähriger nach Amerika, arbeitete zuerst im Bergwerk und dann in Eisenhütten, wurde Gewerkschaftsorganisator und Gewerkschaftsfunktionär und stand in der Vorderfront des heroischen und heute schon zum Teil wieder vergessenen Kampfes, der von amerikanischen Gewerkschaftlern in den zwanziger Jahren gegen gelbe "Betriebsgewerkschaften" und anderes organisiertes Streikbrechertum geführt werden mußte.

Murrays Einfluß auf das gesamte Leben Amerikas war gewaltig, vermutlich viel größer als der irgend eines europäischen Gewerkschaftsführers auf die Ereignisse in einem europäischen Land - eine Folge des merkwürdigen Organisationsystems der amerikanischen Gewerkschaften, das eine Fülle von Macht in den Händen des einzelnen Verbandspräsidenten konzentriert. Murray pflegte darauf hinzuweisen, daß während der großen Konjunkturjahre 1924-1929 die Metallarbeiter nicht eine einzige Lohnerhöhung erhielten, während die Industrie in dieser Zeit Milliarden Gewinne einstrich. Nach Überwindung der großen Krise Mitte der dreißiger Jahre war das natürlich, unter dem doppelten Einfluß der fortschrittlichen New Deal-Gesetzgebung Präsident Roosevelts und der gewaltig gestärkten Position der Gewerkschaften, ganz anders. Seither hat gerade Murrays Stahlarbeiterverband eine große Anzahl Tarifverträge abschließen können, die in Bezug auf Lohnsätze, Sozialleistungen, Arbeiter-Pensionskassen und ähnliche Dinge musterhaft waren. Durch seine stählerne Vertragstreue und unbedingte Zuverlässigkeit erwarb sich Murray im Laufe der Jahre auch, wenn auch zuerst widerstrebend, schließlich den Respekt der Arbeitgeberseite.

Murray war ein gläubiger Katholik und zutiefst besetzt von der berühmten päpstlichen Enzyklika "Rerum novarum", die zuerst die moderne Sozialpolitik des Vatikans verkündet hatte. Mehrfach hatten ihm große katholische Massenorganisationen Amerikas den ehrenvollen Titel eines "Musterkatholiken" zuerkannt, und bei der hohen Geistlichkeit Amerikas, allen voran Kardinal Spellmann, erfreute er sich großen Ansehens. Mit seltener Klarheit paarte er seinen katholischen Glauben mit den politischen Ideen von Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie und war damit gleichmäßig kompromislos gegen Faschismus und Nationalsozialismus wie gegen den Totalitätsanspruch der Kommunisten eingestellt. Ohne jemals ein bewußter Sozialist zu werden, hatte er doch Roosevelts Ideen vom "Wohlfahrtsstaat" akzeptiert und begeistert unterstützt und diese Unterstützung auch auf Präsident Truman und, so eben erst, auf den demokratischen Präsidentschaftskandidaten Adlai Stevenson ausgedehnt. In jahrelanger zäher Kleinarbeit war es ihm gelungen, den kommunistischen Einfluß in der CIO-Gewerkschaft, der niemals sehr groß, aber zeitweise doch in einigen Verbänden (z.B. den Elektroarbeitern) recht solide war, völlig auszumerzen. Murray hatte auch dem Wiederaufbau einer freien Gewerkschaftsbewegung in Deutschland und der Renaissance der Idee des demokratischen Sozialismus in den von der nationalsozialistischen Diktatur befreiten Ländern große Aufmerksamkeit und mannigfache Sympathie entgegengebracht. In der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung hat er sich einen bleibenden Namen gesichert.

Als sein Nachfolger an der Spitze des CIO-Gesamtverbandes wird nun vor allem Walter Reuther genannt, der junge und dynamische Vorsitzende des Automobilarbeiterverbandes. Reuther, Sohn eines deutschen Sozialdemokraten, der vor den Unbillen des Bismarckschen Sozialistengesetzes nach Amerika auswanderte, ist im gleichen Maße vertrauenerweckend, in gleichem Umfange ein zuverlässiger Vorkämpfer der demokratischen Gewerkschaftsfreiheit und in Amerika im gleichen Maße respektiert wie Murray - und international gesehen ist er eher noch aktiver, noch aggressiver und noch tatkräftiger. Aber auch wenn die CIO-Delegierten schließlich nicht Reuther, sondern jemand anderen an die Spitze des Verbandes stellen sollten, wird sich an dessen Gesamthaltung doch kaum etwas ändern. Der mächtige Verband mit seinen sieben Millionen Mitgliedern wird Philip Murrays Erbe weiterhin treu und aufrecht verteidigen.

Wer schürt den deutsch-arabischen Konflikt ?

R.D. Etwas zu offensichtlich dramatisiert behandelt ein Teil der deutschen Publizistik den deutsch-arabischen Konflikt um das Wiedergutmachungsabkommen mit Israel. Man scheut sich nicht, dabei Zahlen zu nennen, die zu den Tatsachen in Widerspruch stehen und behauptet: Ein arabischer Wirtschaftsboykott mindere unsere Außenhandelschancen um etwa drei Milliarden M jährlich. Das wäre der gleiche Betrag, den wir innerhalb der Vertragsdauer mit Israel an Waren nach Israel zu liefern haben. So will man anscheinend ein Wertgleichgewicht zwischen unserer moralischen Pflicht und unseren materiellen Verdienstschanzen herstellen, als ob sich Moral und Pflicht gegen Gewinn verkaufen ließen.

Es wäre für diese Art Publizisten leicht gewesen, sich über das Volumen des Außenhandels mit den arabischen Staaten zu unterrichten. Wollten sie überhaupt unterrichtet sein ?

Der Handel mit den sieben Staaten des arabischen Blocks wird über fünf Jahre zusammengezogen werden müssen (Ein- und Ausfuhr zusammengerechnet), um die Summe von drei Milliarden M zu erreichen. Wir führten 1951 für 200 Mio M in diese Länder aus und für 400 Mio M aus ihnen ein. Es ergab sich ein Einfuhrüberschuß von 205 Mio M. Das wird auch in diesem Jahre nicht anders sein. Die Schuld der arabischen Länder gegenüber Westdeutschland beträgt allein in diesen beiden Jahren eine ganze Jahreseinfuhr Deutschlands aus diesen Ländern, etwa 400 Mio M. Dieses Mißverhältnis der Leistung bringt diese Länder in ein Schuldverhältnis gegenüber der Bundesrepublik und ist kaum geeignet, den arabischen Wirtschaftskreisen eine gute Ausgangsposition für Erpressungsversuche zu verschaffen. Was und wer ist es dann aber, das und der hinter ihren Forderungen steht ?

Diese Frage wird zwingend, wenn man vernimmt, daß sich General Nagib, der derzeitige Machthaber Ägyptens und das As der arabischen Liga, folgendermaßen äußerte:

"Wir wissen, daß das deutsche Volk ebenso wie wir selbst gegen dieses deutsch-israelische Abkommen, das seine wie unsere Interessen schädigt, eingestellt ist".

Abgesehen davon, daß ähnlich massive Äußerungen gegenüber dem

amerikanischen Volk und den Hilfslieferungen seiner Regierung an Israel nie gewagt wurden, scheint uns dieser Mann zu klug, um ohne innere Überzeugung eine Ansicht zu äußern, deren offensichtliche Haltlosigkeit dem Urteil über ihn und seine Urteilsfähigkeit, wie jener seiner Ratgeber in den Augen der Welt schaden könnte. Es zeugt nicht sehr für die Fähigkeit eines deutschen Botschafters, wenn es ihm nicht gelingt, die wirkliche Stimmung im deutschen Volk, einerseits vertreten durch den Bundeskanzler - auch als Führer der größten Regierungspartei - und andererseits durch den Führer der starken deutschen Opposition, zum Tragen zu bringen.

Sind die Ohrenbläser der deutschen politischen und wirtschaftlichen Reaktion, mit ihren zum Teil noch immer starken antisemitischen Ressentiments und ihren Abgesandten à la Dr. Schacht, bereits wieder stärker als die Vertreter der deutschen Diplomatie ?

+ + +

Die Abtrünnigen

(sp) Mit einer Deutlichkeit, die nichts zu wünschen übrig läßt, hat der Abgeordnete Bodensteiner - der übrigens am 18. November 40 Jahre alt wird und somit zur jüngeren Generation im Bundestag gerechnet werden kann - der Partei, der er bisher angehört hat, die Meinung gesagt und den Rücken gekehrt.

Seine Kritik richtet sich insbesondere gegen den engen Führungskreis der CDU/CSU um Dr. Adenauer. Sie umschließt vor allem zwei Tatbestände: Die Unaufrichtigkeit der Partei in ihrer sozialpolitischen Haltung, in der Programm und Wirklichkeit "genau entgegengesetzt" sind, sowie den Gesinnungsterror gegenüber Andersdenkenden in den großen außenpolitischen Fragen und den Mißbrauch des Begriffs Christentum, der auch in diesem Zusammenhang getrieben wird.

Die Erkenntnisse des Abgeordneten Bodensteiner sind in den Kreisen, die seit Jahren konsequent und sachlich fundiert die Politik der Regierung Adenauer bekämpfen, gewiß nicht neu. Er selbst hat durch Monate zunächst einmal versucht, innerhalb seiner Partei seine Vorstellungen durchzusetzen oder doch möglichst viel davon. Es ist

ihm nicht gelungen und er hat die Folgerungen aus dieser Tatsache gezogen, ohne ein Blatt vor den Mund zu nehmen und jenseits aller Leisetreterei. Das hat man ihm sehr übelgenommen. Für ihn selbst wird alles darauf ankommen, die Plattform zu finden, von der aus er erfolgreicher arbeiten kann, als es ihm bisher möglich war. Für die Sozialdemokratische Partei ist der Schritt Bodensteiners auch insofern interessant, als hier jemand aus jahrelanger intimer Kenntnis der Atmosphäre und Strömungen innerhalb der Union schließlich zu dem gleichen oder einem sehr ähnlichen Ergebnis gekommen ist, wie sie selbst.

Natürlich ist es kein Zufall, sondern Ausdruck einer über den Bereich persönlicher Gewissensbedrängnis weit hinausreichenden Krisenerscheinung im bürgerlichen Lager, daß fast gleichzeitig so bekannte Persönlichkeiten wie der Innenminister Heinemann und die Abgeordnete Wessel ebenfalls die Parteien, denen sie bisher zugehörten, verlassen haben. Heinemann die CDU, von der er sich freilich politisch schon seit langem weit entfernt hatte, Frau Wessel das Zentrum, deren Vorsitzende sie noch bis vor gar nicht langer Zeit gewesen ist. Die drei genannten Persönlichkeiten haben nach ihren eigenen Mitteilungen die Absicht, eine neue Partei zu gründen; als möglicher Gründungstermin wurde bereits der 29. November genannt. Den organisatorischen Unterbau soll im wesentlichen die "Notgemeinschaft für den Frieden Europas" bilden.

Sicher wäre es zu früh, über die Aussichten dieser Neugründung bereits etwas sagen zu wollen, ehe sie überhaupt erfolgte. Aber in dem Punkt besteht wohl kein Zweifel, daß eine solche Partei den Wünschen von vielen Menschen entsprechen würde, die, aus welchen Gründen immer, nicht glauben, ihre Interessen in der Sozialdemokratischen Partei vertreten lassen zu können, die sich aber andererseits keineswegs mehr in der Lage sehen, der Politik der Bundesregierung zuzustimmen, ob es sich nun um die Frage des Vertragssystems und der Wiederaufrüstung oder auch um Gestaltung und Inhalt unseres wirtschaftlichen und sozialen Lebens handelt.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau